



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 17. Dezember 2002 Nr. 2745

Interpellation

Interpellation Roland Gehrig: Schliessung des Briefverteilzentrums St.Gallen – Arbeitslosenwelle rollt auf uns zu; schriftlich

Am 29. Oktober 2002 reichten Roland Gehrig und 35 Mitunterzeichnende eine Interpellation zu obigem Thema ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Am 22. Oktober 2002 orientierte der Konzernleiter der Schweizerischen Post, Dr. Ulrich Gygi, über den Vorentscheid seines Verwaltungsrates zur Neuausrichtung der Briefverarbeitung. Mit dem Projekt „REMA“ – Reengineering Mailprocessing – sollen die heutige Briefpostlogistik den künftigen Marktgegebenheiten angepasst werden und die derzeit bestehenden 18 Briefzentren zwischen 2006 und Ende 2008 durch drei neue, leistungsfähige Briefzentren in den Regionen Fribourg Ouest, Langenthal/Aarau und im Grossraum Zürich ersetzt werden. Die Umsetzung des Projekts hätte nicht nur den Abbau von rund 2'500 Vollzeitstellen zur Folge, sondern auch die geografische und berufliche Veränderung aller heute in Briefzentren tätigen Mitarbeitenden in der Grössenordnung von rund 8'500 Beschäftigten.

Auslöser dieses Umbaus ist die europaweite Marktöffnung mit dem Abbau der Postmonopole, der rechtlichen Verselbständigung der ehemaligen Staatsbetriebe, dem sich verschärfenden Wettbewerbsdruck und dem Volumenrückgang im wichtigsten Markt, nämlich bei der Briefpost. Die sinkenden Mengen sind zum einen insbesondere auf die stark wachsende Substitution durch elektronische Produkte (e-Mail, e-Billing) und zum andern auf das Kostenbewusstsein der Geschäftskunden zurückzuführen, indem sie Sendungen in vermehrtem Masse zusammenlegen. Das Segment „Geschäftskunden“ generiert 85 Prozent des ge-



samten Briefumsatzes; alleine mit den 20 grössten Kunden werden 30 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet.

Die Ankündigung des Projektes „REMA“ hat in der Öffentlichkeit, in den betroffenen Kantonen und Städten, bei den politischen Parteien, den Sozialpartnern und nicht zuletzt auch bei den Mitarbeitenden zu heftigen Reaktionen geführt. In der Folge sah sich die Post veranlasst, am 6. November 2002 auf ihren ursprünglichen Entscheid zurückzukommen und zwei alternative Lösungen anzubieten, namentlich fünf statt drei Briefverteilzentren als die eine oder drei Zentren mit einer begrenzten Zahl kleinerer regionaler Einheiten als die andere Variante.

Aufgrund einer Verhandlung zwischen der Post und den Sozialpartnern vom 22. November 2002 gaben die beiden Parteien am 25. November 2002 schliesslich eine gemeinsame Erklärung ab, wonach die Post auf die Umsetzung des Vorentscheides über die reine Dreizentrenlösung verzichte und auch den Fünf-Zentrenvorschlag zurückziehe. Das betriebswirtschaftlich und technologisch abgestützte Projekt werde unter Einbezug der Gewerkschaften überarbeitet. Dabei würden die Kriterien wie personalpolitische Bedürfnisse, regionalpolitische Anliegen und Auswirkungen auf die Umwelt vertieft in die Überlegungen miteinbezogen.

2 Stellungnahme zu den Interpellationsfragen

Zu den in der Interpellation aufgeworfenen Fragen nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

1. Welchen wirtschaftlichen Stellenwert hat das Briefverteilzentrum für den Stadtrat?

Auf Stadtgebiet sind nur wenige Grossunternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von über 250 Personen vertreten. Zu diesen gehört das Briefverteilzentrum St.Gallen der Schweizerischen Post, das zur Zeit 371 Mitarbeitende, davon rund 150 Teilzeitbeschäftigte, zählt. Dies entspricht 262 Personaleinheiten mit einer Lohnsumme von rund CHF 18.5 Millionen. Bei der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeitenden handelt es sich um angelerntes Personal. Zahlreiche Angestellte sind auf einen Zweitverdienst angewiesen. 80 Prozent des Personals wohnen in der Stadt oder in der Region St.Gallen, die restlichen Mitarbeitenden verteilen sich auf die Kantone AR (11.5 %), TG (7.5 %) und AI (1.0 %).

Diese Zahlen belegen nicht nur die wirtschaftlich grosse Bedeutung des heutigen Briefsortierzentrums als Arbeitgeber, sondern auch die persönliche Problematik für jeden von einer Zentralisierung betroffenen Mitarbeitenden. Eine geografische Verlagerung in eines der drei oder fünf bezeichneten Zentren würde insbesondere die Angestellten ab dem mittleren Berufsabschnitt und mit Lebensmittelpunkt in unserer Region stark tangieren und möglicher-



weise den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeuten. Für Teilzeitarbeitende wäre ein Arbeitsweg westlich von Wil aus Kosten-/Ertragsüberlegungen kaum zumutbar.

Auch wenn die Post ihrem Bekenntnis nach den Umbau möglichst sozialverträglich gestalten will durch Prüfung von Einsatzmöglichkeiten der betroffenen Angestellten in andern Postbereichen sowie durch Personal-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, so muss doch davon ausgegangen werden, dass eine allfällige Schliessung des Briefsortierzentrums St.Gallen unerwünschte arbeitsmarktliche Konsequenzen nach sich zieht, auch wenn der Abbau frühestens ab dem Jahr 2006 erfolgen wird.

2. Wie wird sich der Stadtrat gegen die Schliessung des Briefverteilzentrums wehren?

Unmittelbar nach Bekanntgabe von REMA am 22. Oktober 2002 hat der Stadtpräsident dem Konzernchef der Schweizerischen Post, Dr. Ulrich Gygi, in einem Schreiben sein Befremden über die Neukonzeption der Briefsortierung ausgedrückt. Es wurde darauf hingewiesen, dass St.Gallen damit einen erneuten Arbeitsplatzverlust seitens der Post hinnehmen müsste, nachdem die Stadt nach jahrelangen Vorarbeiten das Rennen um ein Paketpostzentrum schliesslich an Frauenfeld verlor und derzeit das Projekt „Optima“ zum Umbau des Poststellennetzes umgesetzt werde. Die negative Haltung der Stadt gegenüber einer allfälligen Schliessung des Briefsortierzentrums wurde auch an der Informationsveranstaltung vom 7. November 2002 in Zürich mit Vertretern der Konzernspitze dargelegt.

Der Druck auf die Schweizerische Post wird auch aufrechterhalten durch ein abgesprochenes Vorgehen mit dem Kanton. So fand am 5. Dezember 2002 ein weiteres Gespräch zwischen der Konzernleitung der Post, dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements und dem Stadtpräsidenten statt, an dem die unerwünschten regionalwirtschaftlichen und beschäftigungsmässigen Auswirkungen des neuen Konzeptes nochmals eindringlich dargelegt wurden. Seitens Post zeigte man sich offen für neue Varianten bis hin zu regionalen Subzentren. Grosszügigere Lösungen hätten jedoch nur dann eine Chance, wenn sie mit Blick auf das abnehmende Briefvolumen betriebswirtschaftlich vertretbar seien. Nach wie vor habe die Post den Auftrag, wettbewerbsfähig und eigenwirtschaftlich zu agieren und den Service public zu garantieren. Der Konzernchef sicherte zu, bei der beschäftigungs- und regionalwirtschaftlich verträglichen Lösungsfindung auch die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren und den Städteverband mit einzubeziehen. Hingegen halte der Verwaltungsrat der Post am Fahrplan zur Umstrukturierung der Briefpost fest und der definitive Entscheid über die neue Struktur werde im Mai 2003 gefällt.

Sobald die von der Post favorisierte Variante und die Standortanforderungen bekannt sind, werden den Projektverantwortlichen realisierbare Standortmöglichkeiten auf Stadtgebiet aufgezeigt. Zweckdienliche Abklärungen sind bereits im Gange.



3. Wie sehen die aktuellen Arbeitslosenzahlen aus? Welche Menschen bzw. Branchen sind davon besonders betroffen?

Die Zahl der Stellensuchenden hat sich im Zeitraum November 2001 bis November 2002 von 1'509 (Quote 3.8 %) auf 2'352 (Quote 5.9 %), diejenige der Arbeitslosen von 760 (Quote 1.9 %) auf 1'368 (Quote 3.4 %) erhöht. Die Arbeitslosenquote liegt damit über dem Wert des Kantons St.Gallen mit 2.7 Prozent bzw. der Gesamtschweiz mit 3.3 Prozent. Im Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte weist St.Gallen allerdings damit nach Bern und Thun die dritttiefste Quote aus.

Der Anteil der männlichen Arbeitslosen am Gesamttotal hat sich im gleichen Zeitraum von 55.4 auf 56.5 Prozent leicht erhöht, ebenso der Anteil der Arbeitslosen mit Schweizer Bürgerrecht, nämlich von 49.2 auf 50.7 Prozent. Rückläufig hingegen war der Anteil bei den 40 – 65-Jährigen von total 34.3 auf 32.4 Prozent; einen entsprechenden Anstieg verzeichneten jedoch die Alterskategorien der 20 – 30- und der 35 – 39-Jährigen. Bei den 15 – 19-Jährigen blieb der Anteil unverändert.

Über 50 Arbeitslose weisen folgende Branchen auf: Gastgewerbe (168), Handel (162), Beratung, Planung, Informatik (157) sowie Baugewerbe (70). Den absolut höchsten Zuwachs in der Berichtsperiode verzeichnete das Gastgewerbe (87), gefolgt von Beratung, Planung, Informatik mit 68, Handel mit 65 und Baugewerbe mit 45 zusätzlichen Arbeitslosen.

Was die ausgeübte Funktion anbelangt, war der Arbeitslosenzuwachs bei Personen mit Fachfunktion am höchsten. Die Zahl erhöhte sich um 289 auf 597 Arbeitslose oder um 3.1 Prozentpunkte auf 43.6 Prozent, gefolgt von Hilfsfunktion mit einem Zuwachs von 242 Personen. Anteilsmässig entspricht dies einer Reduktion um 4.3 Prozentpunkte auf 45.2 Prozent des Gesamttotals.

Bezüglich Arbeitslosigkeitsdauer hat sich der Anteil in den Kategorien 3 bis 6 und 6 bis 12 Monate insgesamt um 11.5 Prozentpunkte auf 45.8 Prozent erhöht bei entsprechenden Rückgängen in den beiden Kategorien bis 3 und mehr als 12 Monate.

4. Was hat der Stadtrat vorgekehrt, falls die Arbeitslosenzahlen dramatisch ansteigen?

Während Jahrzehnten führte die Stadt St.Gallen ein eigenes Arbeitsamt in der Verwaltung der Sozialen Dienste als eigentliches Arbeitsvermittlungszentrum, wie es der Kanton St.Gallen aufgrund der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Jahr 1996 für alle Regionen einführen musste. Aufgrund eines Leistungsauftrages zwischen Kantonsregierung und Stadtrat blieb die städtische Trägerschaft erhalten. Sie ermöglichte einen



raschen, zweckmässigen Auf- und Ausbau sowie eine enge Vernetzung zwischen den Dienststellen, den privaten Beratungsstellen sowie den Regionsgemeinden.

Das von der Stadt geführte Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) wurde per 1. Januar 2002 kantonalisiert und somit der direkten Einflussnahme durch den Stadtrat entzogen.

Wie Abklärungen ergaben, wird im RAV St.Gallen seit Dezember 2001 die Personalberatung laufend verstärkt, um den steigenden Arbeitslosenzahlen zu begegnen und folgende gesetzlichen Aufgaben und Leistungen erbringen zu können:

- Zeitgerechte Anmeldung der Stellensuchenden zur Arbeitsvermittlung
- Qualifizierte und bedarfsgerechte Beratung der Stellensuchenden mit Blick auf die Verbesserung ihrer Vermittlungschancen sowie die Verbesserung ihrer Arbeitsmarktfähigkeit
- Zuweisung an offene Stellen und Vermittlung der Stellensuchenden
- Zuweisung zu arbeitsmarktlichen Massnahmen: Umschulung, Weiterbildung und Eingliederung Arbeitsloser
- Kontaktpflege zu Arbeitgebern und Akquisition von offenen Stellen
- Sicherstellung des Ersatzeinkommens über die Arbeitslosenversicherung.

In die Kompetenz der Stadt im arbeitsmarktlichen Bereich fällt einzig die bereits 1997 gegründete Stiftung für Arbeit. Aufgabe dieser Stiftung ist es, langzeitarbeitslosen Menschen im Sinne „Lohn statt Sozialhilfe“ Arbeitseinsätze anzubieten. Damit wird bezweckt, diesen Personen, die nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung, sondern von der Sozialhilfe unterstützt werden, wieder einen strukturierten Tagesablauf zu ermöglichen und sie längerfristig – wenn überhaupt möglich – wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In rezessiven Zeiten sind jedoch nicht nur die Aussichten für eine erfolgreiche Wiedereingliederung eher bescheiden, sondern auch die Möglichkeiten, entsprechende Aufträge für die Stiftung zu akquirieren.

5. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, bei einer zunehmenden Rezession sich antizyklisch zu verhalten und beispielsweise Investitionen zu forcieren?

Die städtische Finanzpolitik war in den letzten Jahren – im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten – immer auf eine antizyklische Konjunkturpolitik ausgerichtet. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass je nach Wirtschaftslage für den Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen – und damit den Zuwachs der Verschuldung – unterschiedliche Zielgrössen angestrebt wurden. Mitte der neunziger Jahre wurde bewusst das Investitionsvolumen hochgehalten, obwohl vorauszusehen war, dass sich dieses nicht aus eigener Kraft finanzieren liesse. Auch



in der Laufenden Rechnung wurde – trotz anhaltender Sparbemühungen – darauf verzichtet, langfristig kontraproduktive Sparmassnahmen umzusetzen. Mit dieser Stabilität und Berechenbarkeit der städtischen Finanzpolitik wurde ein beachtlicher Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung geleistet.

Angesichts des ohnehin sehr grossen Investitionsbedarfes in den nächsten Jahren ist es nicht angezeigt, zusätzliche Investitionen auszulösen. Es wird bereits grosse Anstrengungen erfordern, das bisherige Investitionsvolumen von rund CHF 45 Millionen pro Jahr aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Erst wenn sich die Wirtschaftslage deutlich verschlechtern sollte, wird ein weiterer Anstieg der Verschuldung zu akzeptieren sein. Kommt hinzu, dass eine Erhöhung der baulichen Investitionen aufgrund des eingeschränkten finanziellen Spielraums weder zu einer rückläufigen, gesamtwirtschaftlichen Rezession noch zu einer spürbaren Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt beitragen könnte. Insbesondere dürfte nur der geringste Teil von Stellensuchenden von einem leichten Anziehen der Bauwirtschaft profitieren.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage
Interpellation

